



TOP 13

**Bericht über Verfolgungssituationen im Irak, Syrien und anderen Krisengebieten
Bericht Flüchtlingsarbeit**

Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **26. November 2014**

Frau Präsidentin, hohe Synode, lieber Herr Landesbischof,

Seit mehr als zehn Jahren erbittet die Württembergische Landessynode einmal jährlich einen Bericht über die Situation der verfolgten Menschen und Christen weltweit. Oft wurden wir Württemberger von der EKD und den anderen Gliedkirchen darob belächelt oder mehr oder weniger mitleidig angesehen. Nun zeigt sich, wie dringend notwendig solche Berichte, und wie unverzichtbar gerade heute die Informationen über die Situation der Verfolgten weltweit sind. Andere Landeskirchen übernehmen diese Praxis, immer öfter werde ich EKD-weit zu Vorträgen über diese Thematik eingeladen. Württemberg hat also etwas richtig gemacht und den Finger frühzeitig in die Wunde gelegt.

Und diese Wunde tut weh, so wie es unser Landesbischof am Montag in seinem Bericht formuliert hat, und wie wir es heute Vormittag in den aktuellen Beiträgen miterleben konnten.

Ich möchte in diesem Bericht vor allem über Irak, Syrien und Nigeria sprechen, aber dann auch andere Gebiete wenigstens nennen, in den die Situation der Verfolgten zum Himmel schreit.

Irak:

Die radikal-islamische Gruppe „ISIS“ (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) die sich seit ein paar Monaten nur noch „IS“ nennt, um den überregionalen Anspruch deutlich zu machen, hat größere Teile des Landes erobert und inzwischen ein Kalifat ausgerufen.

Dass diese Entwicklungen nicht zuletzt durch die daraus resultierenden Flüchtlingsströme auch Nachbarstaaten wie den Libanon oder Jordanien destabilisieren, ist leicht einsichtig, wenn man sich die offiziellen Flüchtlingsstatistiken der Vereinten Nationen vor Augen führt. Christen geraten besonders leicht zwischen die Fronten, insbesondere weil seit Einführung des Kalifats Christen als „Ungläubige“ keinerlei Schutz oder Schonung erwarten dürfen. Die wenigen Christen, die in den nun von IS besetzten Gebieten noch lebten, flohen in die Kurdengebiete. Es war für mich eindrücklich, als uns vor wenigen Wochen unser langjähriger Partner im Nordirak, der syrisch-orthodoxe Geistliche, Emmanuel Youkan, besuchte und über die Situation vor Ort berichtet. Über die Verfolgung der Jesiden. Über die zahlreichen Tote und die verhungerten Kinder, die sich nicht in das sichere Kurdengebiet retten konnten. Über die Grausamkeit der IS-Kämpfer. Vater Emmanuel berichtete auch aus der Stadt Mossul, dem biblischen Ninive, dass dort seit der Eroberung durch IS-Truppen und der Vertreibung aller Christen nun zum ersten Mal seit 1600 Jahren keine Kirchenglocken mehr läuten.

Am vergangenen Mittwoch, also vor genau einer Woche, explodierte mitten in der nordirakischen Stadt Erbil eine Bombe, die zahlreiche Menschen in den Tod riss. Die kurdische Stadt Erbil konnte unsere Direktorin noch im November letzten Jahres besuchen und wir hatten den Eindruck, dass dort Frieden herrscht. So schnell kann sich die Lage in diesem Gebiet ändern.

Mittlerweile hat auch die Diakonie-Katastrophenhilfe mit unserem Partner zusammen ein Hilfsprogramm für die Flüchtlinge in dieser Region aufgelegt. Wir werden als Landeskirche weiterhin für die Christen in dieser Region ein treuer und verlässlicher Partner sein. Deshalb haben wir aus den von der Synode vor einem Jahr genehmigten Geldern für Syrien, Mittel genutzt, um

syrischen Flüchtlingen, die sich in den Irak durchgeschlagen haben zu helfen. Mit Nahrungsmittelpaketen, mit Unterkünften und mit dem Notwendigsten zum Leben.

Wir sind dankbar für die Gelder, die die Synode zur Verfügung stellt, auch bei dieser Tagung, damit wir weiter vor Ort helfen können. Allein in diesem Monat flossen Mittel in Höhe von fast einer halben Million in die Region. Das kann dann von Nahrungsmittelhilfe über Decken oder Kinderbetreuung bis zu Bibeln reichen, die an Flüchtlinge verteilt werden, wenn sie dies wünschen.

Große Sorgen in diesem Gebiet machen uns die christlichen Dörfer, die an der Grenze zwischen dem relativ sicheren Kurdistan und dem südlicheren irakischen Staatsgebiet liegen. Niemand dort weiß, wann der nächste Angriff von IS erfolgt. Dementsprechend unsicher sind die Menschen dort und versuchen, wenn es irgendwie geht, in sicherere Gegenden zu fliehen. Der irakische Staat und die kurdische Regierung reagieren auf die zunehmenden Flüchtlingsströme mit der Einrichtung von Lagern.

Was Vater Emmanuel aber auch sagt, macht mich ratlos. Er meint, wie sollten keine Kontingente von irakischen Christen hier nach Deutschland einladen. Das würde dazu führen, dass diejenigen, die bisher noch nicht ans Weggehen gedacht hätten, nun verstärkt überlegen würden, das Land zu verlassen. Und das könne ja nun wirklich niemand wollen, dass im Stammland der Aramäer alle Christen wegziehen und das Christentum dort ausstirbt.

Syrien

In Syrien ist die Lage weiterhin extrem unsicher. Dort ist es derzeit fast unmöglich, Projekte oder Programme durchzuführen. Die wenigen, die möglich sind, versuchen wir zu unterstützen. So etwa ein Schulprojekt der Evangelischen Mission in Solidarität im Tal der Christen nahe der Grenze zum Libanon. Alle anderen Projekte, die wir unterstützen können, sind außerhalb des Landes. In Jordanien, im Libanon, in der Türkei. Die unsichere Lage zwingt immer mehr Menschen zur Flucht innerhalb des Landes (mehr als sechseinhalb Millionen) und zur Flucht ins Ausland (mehr als zweieinhalb Millionen). 50 Prozent der Flüchtlinge sind Kinder!

Hiervon betroffen sind nicht nur die Christen, sondern genauso die Aleviten, der Glaubensgemeinschaft, der der Präsident von Syrien angehört; aber auch Sunniten und Schiiten, je nachdem in welchem Gebiet sie leben, und wer Anspruch auf die jeweilige Region erhebt. Kenner des Landes sind überzeugt, dass es noch lange Zeit dauern wird, bis in dieser Weltgegend wieder Frieden einkehren wird.

Bis dahin werden wir weiterhin mit Schreckensnachrichten rechnen müssen. So wurde etwa im syrischen Homs der niederländische Priester Frans van der Luegt im April 2014 barbarisch ermordet. Weiterhin nicht klar ist das Schicksal der beiden entführten Bischöfe. Des syrisch-orthodoxen Bischofs von Aleppo, Mar Gregorius Ibrahim und seines griechisch-orthodoxen Kollegen, Paul Yazagi, von denen seit April 2013 jede Spur fehlt.

Auch der frühere Sondergesandte der Vereinten Nationen für Syrien, Lakhdar Brahimi, geht davon aus, dass es keine rasche Lösung des Konflikts in dem Land geben kann. Das Land hat über 160.000 Tote zu beklagen. Täglich steigt die Zahl.

In Jordanien sind geschätzt rund 580.000 Flüchtlinge. Im Libanon, in dem es keine Flüchtlingslager gibt, rund 800.000, und in der Türkei ebenfalls mehr als eine halbe Million. Dazu kommen rund 200.000 Flüchtlinge im Irak und etwa 150.000 in Ägypten.

Fadhi Dagher aus dem Libanon, der die oben erwähnte Schule in Syrien betreut, hält nichts von Waffenlieferungen. Vor zwei Wochen war er in Deutschland und hat erklärt: „Töten gebiert wieder Töten und Gewalt gebiert wieder Gewalt. Wir als Christen wollen uns ohne Waffen verteidigen, so wie es Jesus Christus auch getan hat. Unsere Gewehre sind unsere Institutionen, unsere Kirchen, unsere Universitäten. Dort kann und muss der Friede gelehrt und gelernt werden“. Sein christlicher Bruder aus dem Irak, Vater Emmanuel, nimmt eine andere Position ein: „Wir brauchen die Waffen, um dem Bösen etwas entgegen setzen zu können. Eine Position, die übrigens auch der neue

Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Bedford-Strohm, nach einem Besuch des Nordirak eingenommen hat.

Afrika

Nigeria

Furchtbare Nachrichten erreichen uns dieser Tage aus Nigeria. Immer wieder werden von Truppen der Boko Haram christliche Dörfer überfallen oder Gottesdienste gestört und Menschen umgebracht. Noch immer völlig unklar ist das Schicksal der rund 200 entführten Mädchen in Nordnigeria. Damit diese Mädchen einen Namen bekommen, habe ich mir erlaubt, Ihnen eine Liste aller Entführten auszuteilen. Wie wenig die Regierung gewillt ist, hier die Schwachen zu schützen, zeigt sich in der zögerlichen Haltung der Regierungstruppen. Erst letzte Woche haben wir Mitteilung erhalten, dass das kirchliche Verwaltungsgebäude der Church of Brethren Jos im Norden Nigerias von Boko Haram-Truppen überfallen wurde und Männer, Frauen und Kinder fliehen mussten. Albrecht Ebertshäuser, den sicher einige von Ihnen kennen, unterrichtet uns regelmäßig von der Lage im Norden Nigerias und von den zahlreichen Überfällen auf christliche Einrichtungen. Der größte Teil der Kirchenleitung ist mittlerweile nach Jos geflohen. Das Privat-Haus von Markus Gamache, dem Kirchenpräsident dort, wurde zum neuen Sitz der Kirchenleitung umfunktioniert. Gamache beklagt vor allem die Korruption auf allen Ebenen im Land und die mangelnde Solidarität der Christen untereinander, sowie das Desinteresse der Politiker und die Unfähigkeit der Behörden.

Sudan

Die National Congress Party, seit 25 Jahren geführt von Präsident Omar al-Bashir, herrscht über ein riesiges Land (etwa fünf mal die Fläche der Bundesrepublik Deutschland), das von zahlreichen Volksgruppen mit großer kultureller und religiöser Vielfalt bewohnt wird.

Die Politik der Arabisierung und Islamisierung besonders gegenüber den christlichen und animistischen Stämmen im Süd-Sudan, und der Marginalisierung anderer islamischer Stämme im Westen, Osten und Norden führte in den vergangenen Jahrzehnten zum Aufflammen von Widerstandsbewegungen, die mit überragender militärischer Stärke und durch die Aufrüstung arabischer Stämme brutal unterdrückt werden. Dabei wird auch immer mit dem religiösen Motiv des Heiligen Krieges (Dschihad) argumentiert.

Nach der Abspaltung des Südsudan im Jahr 2011 versucht die Zentralregierung vermehrt, alle Unabhängigkeitsbestrebungen im Keim zu ersticken und die eigenen Privilegien mit allen Mitteln zu erhalten. Verschärft werden die Probleme der Zentralregierung durch Korruption, eine anhaltende Wirtschaftskrise, den Verlust wichtiger Ölquellen an den Südsudan und die damit verbundene extreme Abwertung der sudanesischen Währung. Breite Volksschichten leben in Armut und müssen ums Überleben bangen.

Schon im Dezember 2010 kündigte Präsident al-Bashir an, dass er nach der Abspaltung des Südsudan, den Sudan als gänzlich islamischen Staat sehe in dem die Scharia zu 100% angewendet würde, und er verteidigte ein Internet-Video, auf dem Polizisten eine junge Frau wegen angeblicher Verletzung der islamischen Kleidervorschriften brutal zusammenschlugen. Al-Bashir ist vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagt. Dieses politische und gesellschaftliche Umfeld hat natürlich tiefgreifende Auswirkungen auf die Kirche.

Die Lage der Kirchen

Während die Kirchen von 2000 bis 2010 noch relativ viele Freiheiten genossen, wie die Durchführung öffentlicher Bibel- und Bücherausstellungen oder kirchlicher Umzüge an Weihnachten, so wurden diese in den letzten Jahren zunehmend eingeschränkt oder verboten.

Eine erste Verfolgungswelle Ende 2012 und durch das Jahr 2013 richtete sich vor allem gegen Ausländer und gegen Sudanesen, die mit Ausländern zusammenarbeiteten.

Mindestens 180 für die Kirche oder im humanitären und sozialen Sektor tätige ausländische Christen wurden ausgewiesen. Schulen, Straßenkinderheime und andere Bildungseinrichtungen wurden geschlossen. Autos und Computer wurden konfisziert, einige Christen wurden vom Geheimdienst für mehrere Wochen festgenommen, teilweise auch geschlagen, sexuell missbraucht, und schwer gefoltert.

Der für die Kirchen wichtige Bücherladen wurde geschlossen und die Bücher konfisziert. Auch der seit etwa 70 Jahren im Sudan operierende Bibelgesellschaft wurde die Lizenz entzogen, so dass die Einfuhr von Büchern derzeit nicht möglich ist. Auf den Protest verschiedener Kirchenleiter hin beteuerte der Geheimdienst, dass sich die Aktionen nur gegen Ausländer richten würden, die unter dem Deckmantel von Firmen oder humanitärer Arbeit andere Interessen verfolgten, und dass die Kirche selbst sicher sei. Allerdings waren von Anfang an auch viele sudanesischen Christen betroffen. Viele Pastoren und kirchliche Mitarbeiter wurden immer wieder zu Verhören einberufen, bedroht, zum Teil gefoltert oder tagelang in abgedunkelten Räumen gehalten. Hand in Hand damit gehen Enteignungen von Land- und Grundbesitz, wie z.B. einer größeren Farm bei Khartum, die fälschlich angeklagten kirchlichen Mitarbeitern gehört.

Der Kampf der Regierung gegen die Rebellen in den Nuba-Bergen hat starke Auswirkungen auf die Christen in Khartum, die aus Kriegsregionen stammen. Sie laufen Gefahr als Rebellen behandelt zu werden. Unter dem Vorwand, dass die Kirchen keine gültige Lizenz besäßen, geht die Regierung in den letzten Monaten vermehrt gegen die Sudanese Church of Christ vor. Allein von Mai bis Juni 2014 sind mindestens fünf Kirchen zerstört worden.

Weitere Enteignungen und Zwangsschließungen

Die Kirche und das Gästehaus von SIM (früher Sudan Inland Mission) in Khartum diente bis vor kurzem zahlreichen Gemeinden als Versammlungsort. Nachdem der Geheimdienst schon 2013 das Gästehaus konfisziert hatte und einen selbsternannten „Pastor“ als Verwalter einsetzte, wurden nun im April 2014 die Pastoren der Gemeinden informiert, dass sie sich nicht mehr im SIM Kirchengebäude treffen können. Nicht einmal zu den Kirchenbüros und dem beweglichen Eigentum wie Bibeln und Verstärkeranlagen bekamen die Gemeinden mehr Zugang.

Auch die katholische Kirche wird nicht geschont: der „Comboni Ground“ ein großes und für Veranstaltungen beliebtes Gelände im Zentrum von Khartum wurde 2013 von der Polizei geschlossen. Im Mai 2014 verfügten die Behörden von Khartum die Schließung der christlichen Comboni-Schule. Alle 470 Schüler kommen aus den Kriegsgebieten der Nuba-Berge.

Ausnutzung innerkirchlicher Streitigkeiten und Korruption durch den Staat

Einen besonderen Ansatzpunkt für Verfolgung bieten innerkirchliche Streitigkeiten und Korruption. Eine Gruppe in der Presbyterianischen Kirche veräußert unter dem Deckmantel von Investitionen und ohne rechtliche Autorisierung durch die Kirche seit Jahren wertvollen Grundbesitz im Zentrum von Khartum und Khartum-Nord. Pastoren wurden aus ihren Häusern vertrieben, kirchliche Gebäude zerstört und an muslimische Investoren für Nutzungsperioden von bis zu 80 Jahren überlassen. Der Erlös fließt in private Taschen und nicht in die Kirchenkasse. Polizei und Geheimdienst unterstützen diese korrupten Kreise und besetzten die Kirchenbüros der presbyterianischen Kirche in Khartum, um sie an diese Kreise zu übergeben.

Das Problem des Religionsunterrichtes

Für das Schulabschlusszeugnis und die Universitätszulassung muss eine Prüfung im Fach Religion bestanden werden. In vielen Schulen wird aber nur islamischer Religionsunterricht erteilt, und selbst die christlichen Schulen haben kaum Zugang zu den Religionsbüchern, die Grundlage für die Prüfungen sind. Die Schließung christlicher Schulen erschwert zusätzlich das Erteilen des

Religionsunterrichtes. Es ist zu befürchten, dass dadurch Christen in Zukunft der Zugang zur höheren Bildung erschwert wird.

Konvertiten

Im Mai 2014 führte die Verurteilung Dr. Mariam Yahya Ibrahims zu einem internationalen Aufschrei. Ein Gericht in Khartum-Nord hatte die junge Mutter, die ihr zweites Kind erwartete, wegen Abfalls vom Islam zum Tod durch Erhängen verurteilt. Außerdem sollte sie noch mit 100 Peitschenhieben wegen „Unzucht“ bestraft werden, da ihre Ehe mit einem südsudanesischen Christen nach dem Scharia-Recht nicht anerkannt wurde. Mariams Mutter, eine orthodoxe Christin, hatte sie im christlichen Glauben erzogen, während ihr Vater, ein Muslim, die Familie verlassen hatte, als Mariam sechs Jahre alt war. Mariam ließ sich durch nichts bewegen, ihrem Glauben abzusagen, was ihr die sofortige Freiheit gebracht hätte, und verteidigte sich damit, dass sie nie Muslimin gewesen, also auch nicht vom islamischen Glauben abgefallen sei.

Der Sudan hat sich durch Ratifizierung internationaler Verträge zur Einhaltung der UN-Menschenrechtserklärung verpflichtet und die Religionsfreiheit auch in der Interimsverfassung von 2005 verbrieft. Dass dieses Gerichtsurteil nicht wegen Verfassungsbruch sondern wegen angeblicher Verfahrensfehler aufgehoben wurde und zwischenzeitlich versucht wurde, Dr. Mariam Yahya wegen anderer vorgeschobener Anklagen zu belangen, zeigt die Rechtsunsicherheit und Gefährdungslage, in der alle Konvertiten stehen, und ermutigt deren Angehörige, juristisch gegen die „Abgefallenen“ vorzugehen. Miriams Fall ist der bekannteste, aber nicht der einzige. Sie konnte schließlich im Juli 2014 nach Italien ausreisen und hat sich mit ihrer Familie in den USA niedergelassen.

Kriegsgebiete

Völkermord und Kriegsverbrechen in Darfur sind in den letzten Jahren mehr aus dem Augenmerk der Weltgemeinschaft geraten. Neue Krisenherde flammten in den Nuba-Bergen in Südkordofan wie auch im Bundesstaat Blauer Nil auf, nachdem gewählte Volksvertreter, die sich für mehr Autonomie aussprachen, von der Sudanesischen Armee angegriffen wurden.

Die Nuba-Berge, aus denen die große Mehrheit der sudanesischen Christen stammt, sind Schauplatz schwerer Kämpfe und Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Die Menschen können vielfach nur in den Bergen überleben und Hungersnöte sind zu erwarten, weil der Getreideanbau aufgrund von Kampfhandlungen, Luftangriffen und Verminung häufig nicht möglich ist. Tausende Kriegskinder und Kriegswaisen flohen und fliehen auf sich allein gestellt in unsichere Gegenden im Süd-Sudan. Über die unsichere Lage dort im jüngsten Land Afrikas hat ja schon unser Landesbischof in seinem Bericht hingewiesen.

Zentralasien

Die Länder Zentralasiens stehen nicht so sehr im Zentrum der Öffentlichkeit wie etwa die Länder des Nahen Ostens oder etwa China. Dabei lohnt sich eine genauere Betrachtung nicht nur aus geopolitischen Gründen, sondern auch besonders im Blick darauf wie es den Christen ergeht. Zentralasien, wie es hier verstanden werden soll, besteht aus sechs Staaten: Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan. Zwei dieser Staaten werden nach wie vor von den Gebietsregenten der kommunistischen Partei der untergegangenen Sowjetunion geführt, freie Wahlen nach mehr oder minder westlichem Standard gab es – nach einer blutigen Auseinandersetzung – nur in Kirgisistan. Während sich Aserbaidschan und auch Kasachstan um die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft bemühen - die einen mit dem 2013 dort ausgetragenen Eurovision Song Contest und einem bald im Land statt findenden Formel 1-Rennen, die anderen mit der Veranstaltung internationaler Konferenzen und der Übernahme des OSZE-Vorsitzes im Jahr 2010 - scheint den anderen zentralasiatischen Staaten die Sicherung der autokratischen Herrschaft ihrer Führer wichtiger zu sein.

Jedoch ist **Kasachstan** als größtes Land Zentralasiens auch ein Beispiel dafür, dass die Einbindung in eine internationale Organisation keine Garantie dafür ist, dass seine Bürger auch alle Freiheiten wie die Religionsfreiheit genießen. Kaum hatte das Land nämlich den Vorsitz in der OSZE abgegeben, wurde bekannt, dass die Regierung an Gesetzen arbeitet, welche die Religionsfreiheit drastisch einschränken. Das Gesetz beschränkt umfassend nicht nur die Ausübung einer Religion, sondern resultiert auch in einer strikten Umsetzung desselben mit zahllosen Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und (teils hohen) Geldstrafen. Mehrere Christen wurden überdies zu kurzen Verwaltungshaftstrafen verurteilt, weil sie sich in unregistrierten Gemeinden zum Gottesdienst trafen. Allerdings ist eine Registrierung kaum zu bekommen, der Prozess ist sehr kompliziert, die notwendigen Dokumente sind kaum zu beschaffen und es herrscht eine große Willkür.

Die durch das Gesetz von 2011 notwendig gewordene Neuregistrierung aller religiösen Organisationen bis Oktober 2012 führte dazu, dass die Zahl der registrierten Organisationen von 46 auf 17 fiel und die Zahl religiöser Bürgergruppen von 4551 auf 3088. Von den bisher registrierten 666 protestantischen Vereinigungen wurden nur 462 erneut registriert; von 48 "nicht-traditionellen" Gruppierungen wurden nur 16 erneut registriert.

Im März 2013 ordnete ein Gericht in Akmola die Verbrennung von religiösen Büchern an, darunter auch Bibeln, die bei einem Baptisten konfisziert wurden. Exemplarisch ist auch die Verhaftung des baptistischen Pastors Bakhytzhana Kashkumbayev im Mai 2013 unter dem Vorwurf, er habe beim Abendmahl einen „roten, halluzinogenen Trank“ ausgeteilt. Auch wenn dieser Vorwurf offensichtlich absurd war und von keinem seiner Gemeindeglieder geteilt wurde, dauerte das Verfahren und damit seine Haft bis zum 17. Februar 2014. Es endete nicht etwa mit Freispruch, sondern mit einer auf vier Jahren ausgesetzten Bewährungsstrafe sowie einer Geldstrafe von fast 8.000 Euro.

Noch stärker unter Druck stehen die Christen in **Usbekistan**. Auch hier sind die bevorzugten Mittel, Christen und andere religiöse Minderheiten einzuschüchtern, zu schikanieren und zu kontrollieren, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und hohe Geldstrafen. Ebenfalls kommt es zu Verhaftungen und teils zu langen Haftstrafen unter vorgeschobenen Umständen, wie etwa bei Tohar Haydarov, der 2010 wegen angeblichen Drogenbesitzes zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Gerade die Geldstrafen haben sich in der Praxis zu einer großen Hürde entwickelt: nicht nur, dass die Zahl und die Höhe der Geldstrafen zunimmt, sondern auch die Durchführung der Strafen schafft Probleme. Sobald nämlich die Betroffenen die Strafe nicht bezahlen können, finden Beschlagnahmen und Pfändungen statt und zwar von allem, was irgendeinen Wert hat. Neben einem Fahrzeug sind auch schon Kühlschränke, Herde, Möbel und sogar Eheringe beschlagnahmt worden.

Auch in **Turkmenistan** sieht es nicht viel anders aus. Wie in anderen zentralasiatischen Staaten auch, werden immer wieder die im Sommer durchgeführten Kinderfreizeiten nicht nur beobachtet, sondern häufig durch die Polizei aufgelöst, da es nicht erlaubt ist, Kindern den christlichen Glauben nahezubringen. Christen werden verhaftet, zu Geldstrafen verurteilt und in der Öffentlichkeit bedroht. Und selbst wenn Christen nach einer langen ungerechtfertigten Haftstrafe wieder in Freiheit kommen – wie Pastor Ilmurad Nurliev, der 2010 zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt und im Februar 2012 amnestiert wurde – müssen sie weiterhin jederzeit mit Kontrolle und Schikanen rechnen.

In **Tadschikistan** gibt es zwar weniger Strafen und Durchsuchungen, doch ist hier als einschränkend besonders das „Gesetz über die elterliche Verantwortung“ zu nennen. Dieses untersagt jegliche Teilnahme von Kindern unter 18 Jahren an religiösen Veranstaltungen sowie jegliche religiöse Unterweisung. Dieses Gesetz ist zwar vor allem auf die muslimische Mehrheit gemünzt, betrifft aber auch die christliche Minderheit. Wie in anderen zentralasiatischen Staaten gibt es auch in Tadschikistan eine enge Überwachung und Zensur von religiöser Literatur.

In **Kirgisistan** bestehen im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Staaten mehr Freiheiten für die christliche Minderheit, wenngleich dies nicht für Christen aus muslimischem Hintergrund gilt.

Jüngst sind dort allerdings Probleme entstanden, die auch schon aus anderen Staaten berichtet wurden – und zwar mit der Beerdigung von Christen, die früher Muslime waren. Lokale Imame und in deren Gefolge auch lokale Behörden verweigern nämlich die erforderliche Genehmigung. Jüngst wurde zudem der Kaufvertrag für ein von einer Gemeinde genutztes Gebäude in Bishkek nach 14 Jahren widerrufen und sogar die russisch-orthodoxe Kirche dort wurde in der Fastenzeit im April 2014 durchsucht.

„Licht im Osten“ berichtet darüber hinaus von Versuchen der Behörden, einem registrierten evangelischen Gemeindeverband ein Kinderfreizeitgelände abzunehmen. Weiterhin werde eine Umregistrierung von Gemeinden verlangt, wobei eine Mindestmitgliederzahl von 200 verlangt wird. Im ländlichen Raum wird den vereinzelt Christen nahegelegt, sich regional gemeinsam zu registrieren, jedoch mit dem Ziel, sie besser zu kontrollieren, was diese ablehnen. Unter der usbekischen Minderheit im Süden Kirgisistans die überwiegend muslimisch ist, wird wiederholt berichtet, dass junge Konvertitinnen zum christlichen Glauben von ihren Eltern mit Muslimen zwangsverheiratet werden.

In **Aserbaidshan** geht die Regierung ebenfalls zunehmend gegen (Minderheits-)Religionen vor. So gibt es zunehmend Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, etwa auch von Bibeln, wobei den betroffenen Christen mitgeteilt wird, dass das „Alte Testament im Land verboten ist“. Aber auch hohe Geldstrafen werden immer wieder verhängt, teils allerdings von den höheren Gerichten aufgehoben.

Weitere aktuelle Brennpunkte

In **Ägypten** herrscht ein Zustand nervöser Stabilität, nachdem im Sommer 2013 der bisherige Präsident, der Muslimbruder Mursi abgesetzt, und am 8. Juni 2014 der bisherige Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber al-Sisi zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Die Todesurteile gegen Hunderte Mitglieder der Muslimbruderschaft deuten darauf hin, dass der neue Machthaber mit harter Hand gegen seine Gegner vorgehen wird. Die Christen erhoffen sich Schutz und dass sie als Minderheit die verfassungsgemäßen Freiheiten genießen können..

In der **Zentralafrikanischen Republik** herrscht immer noch Leid und Chaos und im September 2014 hat die UN die Aufgabe der Befriedung übernommen. Die muslimische Séléka Milizen greifen wieder vermehrt christliche Siedlungen auf dem Lande wie auch Kirchen in der Hauptstadt Bangui an. Unter den Hunderten von Todesopfern sind auch Pfarrer. Von den zunächst zum Selbstschutz entstandenen und sich als christlich bezeichnenden Anti-Balaka-Milizen und deren Exzessen, haben sich die Kirchenführer eindeutig distanziert. Dadurch wurden sie vermehrt selbst zum Ziel von Angriffen.

Auch im Osten des afrikanischen Kontinents kehrt weiterhin kein Frieden ein, besonders in **Kenia**. Dort hat die Terrorgruppe al-Shaabab, die aus Somalia kommt, nach den Terrorakten des Vorjahres weitere Anschläge verübt. So wurde am 23. März 2014 der Gottesdienst einer Pfingstgemeinde in der zweitgrößten Stadt des Landes, Mombasa, von Bewaffneten gestürmt. Dabei kamen sechs Gläubige ums Leben. Und bei einem Überfall am 15. Juni auf die zu 90% von Christen bewohnte Küstenstadt Mpeketoni in der Urlaubsregion kamen mindestens 48 Menschen ums Leben.

Asien

Auch wenn der Druck, dem Christen in vielen Ländern Asiens ausgesetzt sind, weniger gewalttätig daherkommt, ist doch ein Trend Besorgnis erregend: die zunehmende Einschränkung der Religionsfreiheit durch gesetzliche Maßnahmen.

So wurde in **Malaysia** durch das Oberste Gericht im Juni 2014 abschließend geurteilt, dass eine katholische Zeitschrift das Wort „Allah“ nicht mehr für „Gott“ verwenden dürfe, weil dies Muslime verwirren und sogar zu unerwünschten Konversionen führen könne. Zwar betont die Regierung,

dass Christen in ihren Gottesdiensten selbstverständlich frei seien, das Wort „Allah“ weiterhin zu verwenden. Doch es macht Sorge, dass die islamische Religionsbehörde von Selangor 300 im Januar bei der malaysischen Bibelgesellschaft beschlagnahmte Bibeln trotz Aufforderung durch die Regierung nicht zurück gegeben, sondern sogar neue Beschlagnahmungen angekündigt hat. Daher bleibt abzuwarten, wie weit der Schutz religiöser Minderheiten im Land geht und ob es erneut zu Übergriffen auf Kirchengebäude kommt.

Im Nachbarland **Brunei** hat der regierende Sultan die Einführung der Scharia-Gesetzgebung angekündigt und den ersten von drei Schritten bereits umgesetzt. Nun müssen sich Christen noch vorsichtiger verhalten als bereits zuvor. Eine Konversion zum Christentum wird nunmehr mit einer Geldstrafe von umgerechnet 15.600 USD und/oder eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet.

In **Indonesien** wurde im Juli 2014 ein neuer Präsident gewählt und es ist zu hoffen, dass er die im Wahlkampf hervorgehobenen Werte von Toleranz, Transparenz, Unbestechlichkeit und sozialer Gerechtigkeit durch seine Regierung auch umsetzen kann. Denn es gibt nach wie vor Übergriffe auf Kirchen und etliche sind weiterhin oder werden neu illegal und zwangsweise geschlossen, vor allem auf Java. Zudem werden im ganzen Land immer mehr lokale Regeln verabschiedet, die auf der Scharia basieren und die religiösen Minderheiten einschränken.

In **Nepal** wird darüber nachgedacht, im Zuge eines notwendig gewordenen Zensus die Religionszugehörigkeit in neu herauszugebenden Personaldokumenten aufzuführen. Dass dabei Christen und andere Minderheiten aufgefordert wurden, ihren Glauben „zu prüfen“, zeigt, wohin die Reise geht. Zudem hat bei einem Besuch im Land ein hoher Politiker der neuen indischen Regierungspartei BJP Nepal aufgefordert, Anti-Konversionsgesetze einzuführen.

In **Sri Lanka**, das jüngst unter gewalttätigen Ausschreitung von buddhistischen Extremisten gegen die muslimische Minderheit zu leiden hatte, bei der drei Muslime den Tod fanden, geraten auch Christen immer wieder in deren Visier, wie die Attacken gegen christliche Kirchen im Januar 2014 zeigen. Die nationale evangelische Allianz des Landes berichtet überdies regelmäßig darüber, dass Gottesdienste durch Mönche oder Sicherheitskräfte unterbrochen werden, welche die Illegalität dieser Treffen behaupten.

In **Myanmar** stehen auf Druck radikaler buddhistischer Gruppierungen vier Gesetze „zum Schutz von Rasse und Religion“ zur Debatte, die die Religionsfreiheit der muslimischen und christlichen Minderheiten einschränken würden. Gegner der Gesetze wurden teils mit dem Tode bedroht.

In **Nordkorea** hat sich allem Anschein nach der Druck des Regimes auf Christen noch einmal erhöht. Südkoreanische Medien berichten davon, dass Kim Jong Un einen Befehl gegeben hat, Staatsbürger, die in China mit dem Christentum in Kontakt gekommen sind, zu verhaften und zu verhören

China gibt weiterhin Rätsel auf. Während es in den letzten Jahren so aussah, als würde die Partei den Christen – registriert oder nichtregistriert – mehr Freiraum gewähren, hat der Abriss eines angeblich „illegal errichteten“ Kirchengebäudes und die Entfernung von Kreuzen an weiteren Kirchengebäuden in der Provinz Zhejiang, welche als „Jerusalem Chinas“ bekannt ist, große Unsicherheit hervorgerufen. Es bleibt unklar, ob es sich dabei nur um Maßnahmen des Baurechts handelt.

In **Afghanistan** gibt es bereits seit geraumer Zeit keine offizielle Kirchen und auch nur noch sehr wenige Christen, doch werden immer wieder angebliche „Kirchen“ angegriffen, jüngst im März 2014. Auch wurde ein christlicher Arzt an einem Krankenhaus in Kabul ermordet und der Leiter der katholischen Flüchtlingshilfe entführt.

In **Pakistan** gehen die Anschuldigungen gegen Christen wegen Blasphemie unverändert weiter, insgesamt sind drei weitere Christen verurteilt worden. Dagegen ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshof historisch zu nennen, aufgrund der offiziellen Untersuchung des Doppelanschlags im Jahr 2013 auf eine christliche Kirche in Peshawar einen nationalen Minderheitenrat einzurichten um religiöse Minderheiten besser zu schützen. Die Wirksamkeit wird von der konkreten Ausgestaltung abhängen.

Schluss

Bei der Erstellung dieses Berichts wurde ich unterstützt von den Kollegen Andreas Kümmerle, Christof Sauer, Christoph Schilling sowie Wolfgang Schwaigert.

Ich komme zum Schluss. Solch ein Bericht lässt einen oft ratlos zurück. Wir haben als Landeskirche und auf internationalen Konferenzen auch immer wieder Kontakt zu Muslimen. Und das sagen uns auch unsere christlichen Schwestern und Brüder aus den betroffenen Ländern: Stärkt die moderaten Muslime! Denn nur mit den Muslimen zusammen ist ein Frieden möglich. Der Ägyptische Großmufti sagt das noch deutlicher, wenn er betont: „Extremisten haben nie den Islam studiert. Und sie haben nichts mit dem Islam zu tun. Und der Islam hat nichts mit diesen Extremisten zu tun. Wer andere tötet ist kein Märtyrer, sondern ein Mörder“. Diesen letzten Satz hat auch Kardinal Walter Kasper in einem kleinen Büchlein aufgeschrieben, das seinen Vortrag vor einem Jahr auf dem Schönblick in Schwäbisch Gmünd über das Märtyrertum zusammenfasst. Dies zeigt, dass wir gemeinsam gegen Extremismus angehen müssen. Dass wir verstärkt Bündnisgenossen suchen müssen unter denen, die ernsthaft am Frieden interessiert sind. Und dass es nicht reicht, nur zuzuschauen.

Ich danke Ihnen

Kirchenrat Klaus Rieth